

### Bekanntmachung

Die Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung findet am Dienstag, den 15.10.2019 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

#### Tagesordnung:

##### Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung vom 27.08.2019
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 Bezuschussung des Frauenschutzhauses in Stralsund  
Vorlage: B 0060/2019
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Sitzgelegenheiten in Wohngebieten  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Vorlage: AN 0066/2019
- 4.2 Stadtteilbeauftragte - Wie ist der Stand der bisherigen Arbeit; zukünftige Projekte/ Aktivitäten
- 4.3 Vorstellung der Gleichstellungsbeauftragten der Hansestadt Stralsund
- 4.4 Themen Arbeitsplan 2019/2020
- 5 Verschiedenes

##### Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen - keine
- 8 Verschiedenes

## Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Sabine Ehlert  
Ausschussvorsitzende

# TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund  
Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung

## Niederschrift der Konstituierende Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 27.08.2019  
Beginn: 17:05 Uhr  
Ende 17:45 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

### **Anwesend:**

#### Vorsitzende/r

Frau Sabine Ehlert

#### Mitglieder

Frau Kerstin Brusch  
Frau B.Sc. Josefine Anika Kämpers  
Herr Sebastian Lange  
Herr Mathias Reeck  
Herr Tino Rietesel  
Frau Brigitta Tornow

#### Vertreter

Frau Susanne Lewing  
Frau Anne Zabel

Vertretung für Herrn Peter Paul  
Vertretung für Herrn Thoralf Pieper

#### Protokollführer

Frau Constanze Schütt

#### von der Verwaltung

Frau Sarah Cornils

#### Gäste

Frau Olga Fot  
Herr Peter Paul

## **Tagesordnung:**

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Wahlen
  - 2.1 Wahl der/des Ausschussvorsitzenden
  - 2.2 Verpflichtung der sachkundigen Einwohner/innen
  - 2.3 Wahl der 1. Stellvertreterin/des 1. Stellvertreters der/des Ausschussvorsitzenden
  - 2.4 Wahl der 2. Stellvertreterin/des 2. Stellvertreters der/des Ausschussvorsitzenden
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
  - 4.1 Informationen über den aktuellen Stand des Kinderschutzbundes Stralsund durch den neuen Vorstand
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

## **Einleitung:**

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den 1. Stellvertreter des Präsidenten der Bürgerschaft eröffnet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Der Präsidenten der Bürgerschaft begrüßt alle Anwesenden zur ersten Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung.

Die vorliegende Tagesordnung wird von den Ausschussmitgliedern ohne Änderungen und Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: einstimmig

### **zu 2 Wahlen**

#### **zu 2.1 Wahl der/des Ausschussvorsitzenden**

Herr Paul bittet um Vorschläge zur Wahl der/ des Vorsitzenden.

Herr Rietesel schlägt Frau Ehlert als Ausschussvorsitzende vor.

*Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen*

Herr Paul verpflichtet Frau Ehlert gemäß § 28 Absatz 2 der KV M-V und übergibt ihr die Leitung der Sitzung.

## **zu 2.2 Verpflichtung der sachkundigen Einwohner/innen**

Frau Ehlert verpflichtet Frau Brusch, Herrn Reeck und Frau Zabel gemäß § 28 Abs. 2 Kommunalverfassung MV als sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen zur gewissenhaften Erfüllung der Aufgaben im Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung.

## **zu 2.3 Wahl der 1. Stellvertreterin/des 1. Stellvertreters der/des Ausschussvorsitzenden**

Frau Ehlert bittet um Vorschläge zur Wahl der 1. Stellvertreterin/ des 1. Stellvertreters.

Frau Ehlert schlägt Herrn Reeck zur Wahl vor.

*Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen*

Damit ist Herr Reeck zum 1. Stellvertreter gewählt.

## **zu 2.4 Wahl der 2. Stellvertreterin/des 2. Stellvertreters der/des Ausschussvorsitzenden**

Frau Ehlert bittet um Vorschläge zur Wahl der 2. Stellvertreterin/ des 2. Stellvertreters.

Herr Lange schlägt sich selber vor und stellt sich kurz vor.

*Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung*

Somit ist Herr Lange zum 2. Stellvertreter gewählt.

## **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

Es liegen keine Vorlagen zur Beratung vor.

## **zu 4 Beratung zu aktuellen Themen**

### **zu 4.1 Informationen über den aktuellen Stand des Kinderschutzbundes Stralsund durch den neuen Vorstand**

Frau Ehlert informiert zum offenen Thema „Aktueller Stand zum Kinderschutzbund Stralsund“ aus der letzten Legislaturperiode.  
Sie teilt mit, dass Frau Fot vom Vorstand des Kinderschutzbundes Stralsund anwesend ist. Frau Fot erhält mehrheitlich das Rederecht.

Frau Fot teilt mit, dass im Januar 2019 der bisherige Vorstand unerwartet zurückgetreten ist. Im Juni wurde dann ein neuer Vorstand gewählt. Es wurde seitdem versucht, einen neuen Verband aufzubauen. Derzeit gehören ihm 14 ehrenamtliche Mitglieder an. In den großen Städte Greifswald, Schwerin und Rostock gibt es hauptamtliche Mitwirkende. In Stralsund ist dies leider nicht der Fall. Auch eigene Räumlichkeiten fehlen dem Verband.

Derzeit bekommt Frau Fot die Post sowie Telefonate an ihre private Adresse und Telefonnummer. Da auch nachts Hilferufe kommen, ist die Trennung zwischen dem Privaten und dem Verband nicht möglich.

Das bisher größte Projekt ist das „Spielmobil“. Nach 3 Jahren konnte es nicht mehr ehrenamtlich fortgeführt werden, da es zeitlich nicht mehr leistbar war.

Der Kinderschutzbund hat inzwischen 3 Parzellen im Gartenverein „Am Teich“ gepachtet. Dort wird zusammen mit mehreren Familien Obst und Gemüse angebaut, geerntet und verarbeitet. Weiter werden Spielmöglichkeiten, Lesetage und Basteln angeboten.

Frau Fot berichtet von der engen Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, der Polizei und weiteren Behörden.

Weiter gibt es ein Projekt mit der Integrationsbeauftragten Frau Schmuck. Viele Vereine und die Musikschule beteiligen sich an diesem Projekt. Das Projekt wird während der interkulturellen Woche vorgestellt.

Frau Fot informiert darüber, dass sie viele Sponsoren wie den Strela-Park und den Real Markt für das Projekt gewinnen konnte.

Sie verdeutlicht, dass der Verbund verschiedene Förderungen beantragen könnte. Dafür wäre es jedoch notwendig einen Projektentwurf für mindestens 2 Jahre zu erarbeiten. Dafür ist der Kinderschutzbund jedoch auf externe, hauptamtliche Hilfe angewiesen.

Auf Nachfrage von Herrn Reeck führt Frau Fot aus, dass Kinder ab 2 bis 17 /18 Jahren betreut werden. In Einzelfällen gibt es auch bei jungen Erwachsenen bis 20 Jahren Beratungsbedarf.

Herr Reeck möchte wissen, ob der Kinderschutzbund nur in Notsituationen zur Verfügung steht oder auch Präventivmaßnahmen anbietet.

Dazu macht Frau Fot deutlich, dass alle im Kinderschutzbund aktiven Personen eine hauptamtliche Beschäftigung haben und daher die Zeit für den Verbund begrenzt ist.

Daher kann man nicht alle Projektmöglichkeiten aufgreifen.

Es gibt ein Nottelefon und es werden viele Beratungen über den Kinderschutzbund angeboten. Jedoch sind in Stralsund diese Möglichkeiten sehr begrenzt umsetzbar.

Frau Ehlert fasst zusammen und stellt fest, dass das größte Problem die fehlenden Räumlichkeiten und eine hauptamtliche Kraft darstellen.

Sie weist darauf hin, dass auch andere Vereine wie z.B. der VSP Angebote für Kinder vorhalten. Aus ihrer Sicht kann mit einer Förderung viel umgesetzt werden. Für die Beantragung braucht man jedoch fachliche Unterstützung.

Auf Bitten von Frau Lewing stellt Frau Fot sich den Anwesenden vor und gibt Informationen zu ihrem Werdegang.

Weiter führt sie auf Nachfrage von Frau Lewing aus, dass die Polizei immer erster Ansprechpartner ist, wenn jemand ein hilfloses Kind auffindet.

Frau Fot berichtet, dass sie am Aufbau des Stadtteilzentrums in Knieper West maßgeblich beteiligt war. Durch diese Tätigkeit sind viele Kontakte zu Kirchengemeinden und zur Auferstehungskirche gewachsen.

Durch die heutige mediale Welt erfährt man auch z.B. über Facebook und natürlich über Mundpropaganda einen höheren Bekanntheitsgrad.

Viele ältere Leute kommen auch mit den Enkelkindern in die Familiengärten um den Kindern die Natur näher zu bringen. Sie lernen, wie das Essen auf den Teller kommt und welche Arbeit damit verbunden ist.

Frau Ehlert dankt Frau Fot für den Einsatz.

Sie findet es schade, dass der Kinderschutz in Stralsund nicht so hoch wie in den großen Nachbarstädten angebunden ist.

Sie schlägt vor, dass die Fraktionen dringend zu diesem Thema beraten müssen. Es ist wichtig, Räumlichkeiten zu schaffen.

Frau Ehlert schlägt weiter vor, dass Frau Fot Kontakt zu Frau Patzelt aufnehmen sollte. Weiter sollte eine enge Zusammenarbeit zum Verbund für soziale Projekte und zum Klee mobil angestrebt werden.

## **zu 5        Verschiedenes**

Frau Ehlert schlägt vor, einen Arbeitsplan aufzustellen.  
Sie bittet darum, bis zur nächsten Sitzung Themen in der Geschäftsstelle einzureichen.

Frau Kümpers bittet die Verwaltung um eine Übersicht zu Projekten die aktuell laufen, die in den letzten 5 Jahren gelaufen sind und die für die jetzige Legislaturperiode geplant sind. Es kann auch aufgezeigt werden, wo es Probleme gab.  
Herr Lange schließt sich der Bitte an.

Herr Reeck fragt zur Zuständigkeit des Ausschusses nach, ob auch Jugend und Migration diesen Ausschuss betreffen.  
Frau Ehlert bejaht dies.

Frau Cornils teilt mit, dass der Elterntreff Bibolinchen an jedem 2. und 4. Freitag im Monat stattfindet.  
Weiter informiert sie über die Ausstellungseröffnung „Wer braucht Feminismus“ am 29.09.2019 um 13:30 Uhr in der Stadtbibliothek.

Frau Ehlert dankt Frau Cornils für ihre bisherige Arbeit und wünscht ihr für den weiteren beruflichen Weg alles Gute.

Frau Cornils informiert weiter, dass am 16.09.2019 um 18:30 Uhr die Auftaktveranstaltung „Rettungsboot“ stattfindet.

Da im nichtöffentlichen Teil kein Beratungsbedarf besteht, entfallen die weiteren Tagesordnungspunkte.

gez. Sabine Ehlert  
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt  
Protokollführung

## **Titel: Bezuschussung des Frauenschutzhauses in Stralsund**

|  |                   |
|--|-------------------|
| Federführung: Gleichstellungsbeauftragte | Datum: 01.10.2019 |
| Bearbeiter: Hacker-Hübner, Silvia        |                   |

| <b>Beratungsfolge</b>                              | <b>Termin</b> |  |
|--|---------------|--|
| Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung | 15.10.2019    |  |

### Sachverhalt:

Mit dem Beschluss der Bürgerschaft vom 03.03.1994 (Beschluss-Nr. 095-02/94) ist die Arbeiterwohlfahrt seit dem 01.04.1994 Träger des Frauenschutzhauses Stralsund. In dem genannten Beschluss wurde der Zuschuss für das Frauenhaus im Haushaltsjahr 1994 auf maximal 98 TDM (50.106,60 Euro) einschließlich der Personalkosten festgesetzt, wobei von zwei festen Stellen ausgegangen wurde.

Das Frauenschutzhause bietet Zuflucht und Schutz für Frauen und Kinder, denen Gewalt widerfahren ist und bietet ambulante Beratungen für gewaltbetroffene Frauen an.

Ab dem Jahr 1995 wurde der jeweilige Zuschussbetrag jeweils in der Haushaltssatzung von der Bürgerschaft beschlossen.

Der Zuschuss durch die Hansestadt Stralsund als Kommune war Voraussetzung für die Förderung durch das Land Mecklenburg-Vorpommern (Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen von Frauenhäusern vom 01.01.2009).

Nach dem Wortlaut der neuen Förderrichtlinie vom 07.12.2015 (Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales, Amtsblatt M-V 2016, S. 837 ff.) werden nur durch Zuwendungen eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt die Voraussetzungen für die Förderung durch das Land erfüllt.

Auf Nachfrage hat das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales M-V mit Schreiben vom 20.07.2016 jedoch ausdrücklich mitgeteilt, dass die Förderung des Frauenschutzhauses Stralsund durch die Hansestadt Stralsund als große kreisangehörige Stadt der Förderung durch einen Landkreis oder eine kreisfreie Stadt gleichgestellt ist. Damit ist ein Zuschuss durch die Hansestadt Stralsund weiter Voraussetzung für die Förderung durch das Land Mecklenburg-Vorpommern.

Aufgrund der neuen Förderrichtlinie, der Erhöhung der Anzahl der festen Mitarbeiterinnen

auf drei Vollzeitstellen sowie des langen Zeitraums seit dem Bürgerschaftsbeschluss aus dem Jahr 1994 ist gemäß § 22 Abs. 2 KV-MV ein erneuter und bestätigender Beschluss der Bürgerschaft hinsichtlich der vertraglichen Bezuschussung des Frauenschutzhauses erforderlich.

Die Umsetzung des Beschlusses erfolgt wie bisher durch eine vertragliche Vereinbarung zwischen der Hansestadt Stralsund und der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Nordvorpommern, Hansestadt Stralsund und Hansestadt Greifswald e. V.

Lösungsvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt, die weitere vertragliche Förderung des Frauenschutzhauses Stralsund. Der Zuschuss beträgt höchstens 90.000,00 Euro/Jahr inkl. einer Verwaltungskostenumlage für die Zentralverwaltung (liegt bei 5 Prozent der Gesamtpersonalkosten). Der konkrete Jahreshöchstbetrag der Bezuschussung ergibt sich aus der jeweiligen Haushaltssatzung.

Die drei Personalstellen können auf mehrere Teilzeitstellen aufgeteilt werden. Die Gesamtstundenanzahl in Höhe von 120 Stunden für alle Mitarbeiterinnen im Frauenschutzhause dürfen nicht überschritten werden.

Alternativen:

Sinnvolle Alternativen sind nicht ersichtlich. Ohne die weitere vertragliche Förderung durch die Hansestadt Stralsund müsste das Frauenschutzhause geschlossen werden, da ohne städtische Förderung keine Förderung durch das Land Mecklenburg-Vorpommern erfolgt.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Das Frauenschutzhause Stralsund weiter zu bezuschussen.
2. Die Höhe des finanziellen Zuschusses ergibt sich aus der jeweiligen Haushaltssatzung und beträgt höchstens 90.000,00 Euro inkl. der Verwaltungskostenumlage im Jahr.

Finanzierung:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:

Aufwendungen in folgender Leistung: 31.5.06.001, Sachkonto: 54190040 „Zuweisungen und Zuschüsse-Frauenschutzhause“ in Höhe von höchstens 90.000,00 Euro/Jahr inkl. einer Verwaltungskostenumlage für die Zentralverwaltung (liegt bei 5 Prozent der Gesamtpersonalkosten)

Termine/ Zuständigkeiten:

31.12.2019/ Gleichstellungsbeauftragte Hansestadt Stralsund

gez. Dr.-Ing. Alexander Badrow

**Titel: Sitzgelegenheiten in Wohngebieten**  
**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

|   |                   |
|---|-------------------|
| Federführung: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen | Datum: 26.03.2019 |
| Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen   |                   |

| Beratungsfolge | Termin |  |
|----------------|--------|--|
|----------------|--------|--|

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, um mehr Sitzgelegenheiten in den Stralsunder Stadtteilen außerhalb der Altstadt zu realisieren. Hierzu wird auch Kontakt mit den entsprechenden städtischen Gesellschaften und den großen Genossenschaften aufgenommen.

Die Ergebnisse werden den Fraktionen, EBSM und den entsprechenden Fachausschüssen (hier FSGA und BUStA) bis zum Herbst 2019 zur Beratung vorgelegt.

Begründung:

Das Angebot an Sitzgelegenheiten wird mit steigendem Alter der Bevölkerung immer wichtiger. Für die Altstadt ist es gelungen, eine Lösung zur kurzfristigen Erweiterung des Angebotes zu finden, in den anderen Stadtteilen gibt es den gleichen Bedarf.

# TOP Ö 4.1

Hansestadt Stralsund  
Der Oberbürgermeister  
Büro des Präsidenten der  
Bürgerschaft/Gremiendienst

## Beschluss der Bürgerschaft

**Zu TOP : 9.15**  
**Sitzgelegenheiten in Wohngebieten**  
**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**Vorlage: AN 0066/2019**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, um mehr Sitzgelegenheiten in den Stralsunder Stadtteilen außerhalb der Altstadt zu realisieren. Hierzu wird auch Kontakt mit den entsprechenden städtischen Gesellschaften und den großen Genossenschaften aufgenommen.

Die Ergebnisse werden den Fraktionen, Einzelbürgerschaftsmitgliedern und den entsprechenden Fachausschüssen (hier Familie, Sicherheit und Gleichstellung und Bau, Umwelt und Stadtentwicklung) bis zum Herbst 2019 zur Beratung vorgelegt.

Beschluss-Nr.: 2019-VI-03-0966

Datum: 04.04.2019

Im Auftrag

gez. Kuhn

# TOP Ö 4.1

## **Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 04.04.2019**

**Zu TOP : 9.15  
Sitzgelegenheiten in Wohngebieten  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Vorlage: AN 0066/2019**

Frau Kindler begründet den Antrag ausführlich.

Herr Arendt teilt mit, dass er den Antrag unterstützen wird. Er regt an, neben den Sitzgelegenheiten auch Papierkörbe zu installieren.

Herr Dr. Zabel signalisiert die Zustimmung seitens der CDU/FDP-Fraktion.

Herr Paul stellt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, um mehr Sitzgelegenheiten in den Stralsunder Stadtteilen außerhalb der Altstadt zu realisieren. Hierzu wird auch Kontakt mit den entsprechenden städtischen Gesellschaften und den großen Genossenschaften aufgenommen.

Die Ergebnisse werden den Fraktionen, Einzelbürgerschaftsmitgliedern und den entsprechenden Fachausschüssen (hier Familie, Sicherheit und Gleichstellung und Bau, Umwelt und Stadtentwicklung) bis zum Herbst 2019 zur Beratung vorgelegt.

Einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: 2019-VI-03-0966

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. König/Gremiendienst

Stralsund, 16.04.2019

